

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Abendblätter der Redaction:
Bormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Die Redaction eingeleiteter Ma-
nuskripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Manuskripte an Wochenenden bis
1 Uhr Nachmittags, an Son-
n- und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klamm, Universitätsstr. 22,
Bonniestraße, Rathhausstr. 19, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 143.

Dienstag den 27. April 1880.

74. Jahrgang.

Aufforderung.

Am 18. April d. J. ist an dem Stamme eines Auschweisers auf hiesigem Hofplatze einer Frau von einem hier in Haft befindlichen jungen Menschen das Portemonnaie mit der Tasche gestohlen worden. Die bisher nicht ermittelte Bestohlene wird hierdurch aufgefordert, sich ungesäumt behufs ihrer Befragung an unterzeichnete Bureaustelle - Hartvorstraße 8, I., Zimmer 3 - einzufinden.
Leipzig, den 26. April 1880.
Königliche Staatsanwaltschaft daselbst.
J. A. Wend.

Versteigerung.

Den 3. Mai 1880, Nachmittags 4 Uhr

soll in Pragwitz in der Restauration von Kiebig, Nonnenstraße Nr. 4, eine Partie verschiedener Mahagoni-Meubles, als 1 Schreib- und 1 Kleidersecretär, 1 Chiffoniere, 1 Sopha, 1 Stuhlh. 1 Spiegel mit Schränkchen, 6 Rohrstühle, 1 Kleiderstuhl, 1 Küchenschrank und verschiedene andere Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.
Leipzig, den 24. April 1880.
Der Gerichtsbovölker des Königlich-Kammergerichts.
T. hierbach.

Parlamentarische Lage.

Berlin, 25. April. Die Physiognomie der verschiedenen parlamentarischen Parteien ist äußerlich so ruhig und beinahe sorglos, daß die Auserwählten sich schwer ein Bild von der inneren Bewegung, der Herzlichkeit der Meinungen und den Bestrebungen nach einer Aenderung des gegenwärtigen unermesslichen Zustandes machen können. Ob der Drang nach einer Regelung in den Parteiverhältnissen in den nächsten drei bis vier Monaten durch Heranzugung durchschlagender Fragen oder bei der Neuwahl für den Reichstag in die Erscheinung treten wird, darüber geben die Meinungen und Wünsche auseinander. Gewiss ist nur, daß die meisten parlamentarischen Parteien die Vorarbeiten zur Organisation und Agitation jetzt schon programmäßig in Angriff nehmen, um beim Eintritt in die Wahlen mit dem ganzen Kitzel der Parteitaktik, der Coalition freundschaftlicher Gruppen etc. versehen zu sein. Das Parteitag, hier und in den Provinzen, sowie in den verschiedenen Bundesstaaten stattfinden werden, ist bekannt; ebenso, daß die Bildung eines neuen Wahlvereins in Aussicht genommen, welcher die Differenzen zum Abschluß bringen soll, die im liberalen Lager die wirtschaftliche Frage hervorsticht. Man würde sehr gehen, wenn man in diesem Falle von einem Rekrutierungsproceß spräche, denn es handelt sich nach unseren Informationen nicht um eine Scheidung sich entgegenstehender Elemente, sondern um die Feststellung der Zusammengehörigkeit bisheriger Parteigenossen. Ob diese in Vorbereitung genommene Organisation noch dem Herzen derjenigen ist, welche nur zwei große Fraktionen, eine conservativ und eine liberal, wünschen, das kann täglich bewiesen werden. Es handelt sich gegenwärtig nicht um eine Veränderung von Parteitaktik, nicht um die Herbeiführung bestehender Fraktionen, die von den Officiellen gewünscht wird, sondern um das Herauskommen aus einem Zustande, der nach allen Seiten hin unerquicklich geworden ist. Der Reichskanzler selbst wird diesen Proceß beschleunigen, wenn es sich bestätigt, daß er sich in Verfolgung seiner finanziellen und wirtschaftlichen Pläne auf dem Punkte angelangt sieht, wo er zur Umgestaltung der direkten Steuern einer Majorität bedarf, welche ihm der gegenwärtige Reichstag nicht gewährt. Die Wehrsteuer, die Verbrauchsteuer müssen vom Reichstag bewilligt werden, soll nicht seine Auflösung erfolgen. Ob aber ein Appell an das Volk mit den Schlagworten des Tabakmonopols und der drei vom Reichstage abgelehnten Steuern möglich ist und welchen Erfolg ein solches Wahlprogramm haben wird, darüber sollte sich Herr Liebermann, dem neuerdings so viel Einfluß zugeschrieben wird, keinem Zweifel hingeben. Sehr gemäßigter und der Regierung jugendliche Abgeordnete sind der Meinung, daß mit der gegenwärtigen Majorität das Maximum dessen erreicht ist, was an wohlmeinenden und nachgiebigen Elementen bei den Wahlen zu gewinnen war. Mit neuen Steuern erregt man keinen Wahlenthusiasmus, und ein Umschlag der öffentlichen Meinung, welcher der gemäßigten liberalen Partei die Majorität zuwendet, ist bei uns so wenig wie in England ausgeschlossen. Die man auch über die beiden neuesten Vorlagen des Bundesraths, den Wehrsteuer-Entwurf und den Antrag, Altona in die Zolllinie aufzunehmen, denken mag, zwei notwendige Folgen lassen sich unschwer voraussehen. Die Einführung der Wehrsteuer wird der Auswanderung, die ohnedies schon im laufenden Jahre weit stärker ist, als in den Vorjahren, neuen Vorschub leisten. Jetzt werden nicht allein die jungen Leute auswandern, die sich der Wehrpflicht entziehen wollen, sondern auch viele Hundert Nicht-Pflichtiger, welche die neue Steuer nicht glauben tragen zu können. Und wenn sich die „Angesährten“ nicht sofort entschließen, mit in die Fremde zu gehen, so werden sie doch später, wie das in unzähligen Fällen erlebt ist, nachgezogen. Auf die Auswanderungsstatistik der nächsten Monate darf man unter diesen Umständen sehr gespannt sein. Wir möchten diese Wirkung der Wehrsteuer in Frage stellen. D. R. Der Wehrsteuerentwurf ist in die Ausschüsse verwiesen und es scheint nicht, daß die Beratung daselbst einen so raschen Gang nehmen wird, daß die Vorlage dem Reichstag schon in nächster Zeit zugehen wird oder in Aussicht genommene Termine des 1. October d. J. für das Inkrafttreten des Gesetzes eingehalten werden könnte.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 26. April.
Wir kommen mit einigen Worten auf das von uns neulich eingehender behandelte Thema der Auswanderung aus Deutschland zurück. Dr. Ringens, ein Centrumsmann, schiebt die Ursachen der Auswanderung auf die deutsche Militairorganisation und die Kriege der letzten Decennien. Die Ausführung von der Schuld der Militairlast an der beklagenswerthen Erscheinung ist, in dieser kategorischen Weise ausgesprochen, nicht nur bedenklich, sondern entschieden falsch. Mühte dann nicht in anderen Staaten, deren Militairverhältnisse viel drückender sind als bei uns in Deutschland, ebenfalls mit Zunahme der Militairlast auch die Zahl der Auswanderer zunehmen, z. B. in Frankreich? Warum soll denn das allein in Deutschland der Fall sein? Zu der ganzen Frage ist überhaupt zu bemerken, daß die Auswandererstatistik noch so jungen Datums ist, daß sie festen Anhalt überhaupt noch nicht gewährt, und wir bezweifeln, daß Dr. Ringens in jedem einzelnen Falle den Grund der Auswanderung erfahren hat. Sehen wir uns aber die Zahlen, welche die Auswandererstatistik der letzten 20 Jahre gesammelt hat, so ergibt sich die merkwürdige Thatsache, daß gerade in den Zeiten des industriellen Aufschwungs die Differenz der Ausgewanderten ihren höchsten Stand erreicht, wie sie denn auch beispielsweise 1873, wo das Geld in Deutschland so zu sagen auf der Straßensäge lag, eine die normale Höhe bei Weitem überragende war. Also es ist durchaus nicht zu behaupten, daß nur die Noth das Motiv der Auswanderung sei, im Gegentheil drängt sich im Lichte jener statistischen Thatsachen die psychologische Einsicht gewiss interessante Frage auf, ob sich in der Steigerung der Auswanderung in Zeiten industriellen Aufschwungs nicht der Umstand als Motiv geltend mache, den des Dichters Mund in die prägnantesten Worte zusammenfaßt: Am Golde hängt, nach Golde drängt doch Alles!
Die Ausgestaltung der Wehrkraft Oesterreichs ist von dem großen Generalstabs in Berlin mit größter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Auch das eben ausgegebene 2. Heft zum preuß. Militairwochenblatt enthält einen sehr eingehenden Artikel über das österreichisch-ungarische Wehrgesetz. Ueber den nach lebhafter Opposition auch vom österreichischen Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzentwurf, welcher die §§. 11 und 13 des Wehrgesetzes von 1868 bis zum Schlusse des Jahres 1889 in Geltung läßt, urtheilt der Verfasser in der Einleitung: „Schon die erbitterten parlamentarischen Kämpfe deuten auf die einschneidende Wichtigkeit der beiden Paragraphen hin; sie waren Hauptpfeiler für die Reorganisation der österreichischen Armee und ihre unveränderte Verlängerung deutet darauf hin, daß man in ihnen die richtigen Zahlen für die österreichische Monarchie gefunden hat, und sichert auf weitere zehn Jahre den Bestand der Armee, des wichtigsten Factors der Großmachstellung.“
Der von uns hier erwähnte italienische Geheimbund „Italia irredenta“ hat durch die Sendung Cavallottis nach Triest jedenfalls wieder einen revolutionären Führer anstreben wollen, ein Versuch, der indes glücklicher Weise noch zeitig genug von den österreichischen Behörden vereitelt worden ist. Jenes revolutionäre Symptom, in Verbindung mit anderen, scheint nun die österreichische Regierung wieder zu größerer Vorsicht gegen die Umtriebe jenseits der italienischen Grenze gemahnt zu haben. Wenigstens wird aus Kärnten gemeldet, daß die Ueberschuldung des Forts Malborghet, das gegen Italien den Paß des Hellthalens beherrscht, beschlagnahmt habe, die während des Winters auf ein Minimum beschränkt gemessenen nächtlichen Patrouillengänge gegen die italienische Grenze wieder häufiger einsetzen zu lassen. Diese Vorsicht wird um so erklärlicher, weil auf der unmittelbar an jenem Fort vorüberziehenden aus Italien kommenden Chaussee in jedem Frühling tausende italienischer Arbeiter in Gruppen zu fünfzig bis hundert Mann nach Kärnten wandern, um dort oder in anderen Theilen Innerösterreichs Arbeit zu suchen. Im Hinblick auf die von der „Italia irredenta“ offen ausgesprochenen Revolution- und Expeditionsgelüste ist es wohl unschwer begreiflich, daß man österreichischerseits auf jene

über die Grenze kommenden italienischen Arbeiter-scharen ein wachsameres Auge hat.
Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ist in Italien eine Ministerkrise im Anzuge, der wenigstens ein Theil des Ministeriums zum Opfer fallen dürfte. Zwischen Cairoli und Depretis sollen neuerdings scharfe Worte gefallen sein. Letzterer möchte um jeden Preis von dem Sturze, den seine Kollegen erfahren sollen, verschont bleiben. Er will, daß das Ministerium bei der Discussion des Budgets des Ministeriums des Innern solidarisch aufträte, während gerade seine Maßregeln es sind, die gegen seine Persönlichkeit den Sturm aller Parteien, mit Ausnahme der feindlichen, hervorgerufen haben. Die unmittelbare Schuld an der Katastrophe, die dem Ministerium wahrscheinlich bevorsteht, ist aber Minister Ricci, welcher seinerzeit nicht müde wurde, die Candidatur Zanardelli's zur Präsidentschaft der Kammer mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, und dadurch der Regierung die Gruppe Zanardelli und die äußerste Linke abwendig machte.
In Frankreich dürfte sich binnen Kurzem eine neue parlamentarische Krise vorbereiten und zwar würde der Senat der Schauplatz derselben sein. Die Angelegenheit bildet das Pariser Tagesgespräch. Herr Martel ist erkrankt. Sollte nun der bisherige erste Präsident des Oberhauses bei seiner allerdings durch Gesundheitsrückichten zur Genüge motivirten Demission beharren, so könnte es immerhin geschehen, daß der erbitterte Gegner Gambetta's, Jules Simon, der sodann noch vom Institut zu dessen Vertreter im höheren Unterrichtsrathe ernannt wurde, von den Parteigruppen der Rechten in Gemeinschaft mit den Dissidenten des linken Centrums im Senate zum Präsidenten gewählt würde. Wenn von anderer Seite versichert wird, daß der ehemalige Minister des Herrn Thiers sich zu einer derartigen antirepublikanischen Combination nicht hergeben würde, so bietet das Verhalten Jules Simon's bei der Beratung der Unterrichtsprojekte in dieser Beziehung keinerlei ausreichende Gewähr. Die Aussichten Gambetta's auf die Präsidentschaft der Republik wären jedenfalls sehr gemindert, wenn sein alter Gegner als Sieger aus der Wahl eines Senatspräsidenten hervorgehen sollte, zumal nicht übersehen werden darf, daß auch in der Deputirtenkammer die Majorität, mit welcher der Exorbitator beim Beginn der ordentlichen parlamentarischen Session das Präsidium behauptete, keine allzu glänzende war. Aus dem Bewußtsein dieser Einbuße an Macht erklärt sich vielleicht auch das Verhalten Gambetta's in der letzten Kammer Sitzung, woselbst der Kammerpräsident es sich besonders angelegen sein ließ, seinem guten Einvernehmen mit Jules Simon, ein charakteristischer Ausdruck zu geben. Später erhielt Gambetta einen Besuch des Präsidenten der Republik, der über eine Stunde dauerte. Beide Präsidenten sind dem Vernehmen nach zu der Ueberzeugung gelangt, daß, um der kirchlichen Opposition, deren Umtriebe von einem großen Theil der communisirenden Führer unterstützt werden, mit vollem Erfolg entgegenzutreten zu können, die ganze republikanische Partei fest zusammenhalten müsse. — Der päpstliche Nuntius begab sich vor einigen Tagen nach dem Elise, um dem Präsidenten der Republik ein eigenhändiges Schreiben des Papstes zu überreichen. In diesem Schreiben spricht sich der Papst zu Gunsten der Jesuiten und der übrigen nicht ermächtigten Ordensgesellschaften aus, weil sie der Kirche unumgänglich notwendig seien. Der Papst führt in seinem Schreiben eine gemäßigte Sprache, erklärt aber, für die Ordensgesellschaften eintreten zu müssen. Er will nicht, daß sie zu ungeleglichen Mitteln ihre Zuflucht nehmen, aber er ist damit einverstanden, daß sie allen möglichen Widerspruch leisten und ihre Sache vor die Gerichte bringen. Wie auch die Protestbriefe der französischen Bischöfe, weist das päpstliche Schreiben auf die Gefahren hin, die für Frankreich aus den Märschen entspringen müßten, und bittet deshalb das französische Staatsoberhaupt, die Decrete vom 29. März zurückzuziehen.
Alle Nachrichten, welche über die Pyrenäen nach dem übrigen Europa dringen, stimmen darin überein, daß Spanien noch weit davon entfernt ist, eine benedictische Stellung unter den Vändern des Erdtheils einzunehmen. Wenn Spanien selbst auf Decennien hinaus der Ruhe im Innern und des Friedens nach außen sich erfreuen sollte, so ist es bei den überzeiteten Leistungen der spanischen Verwaltung doch noch sehr zweifelhaft,

ob es sich aus seinen schweren finanziellen Wirren herausarbeiten werde. Seit dem Regierungsantritt Anfonso's ist es nöthig gewesen, etwa 1000 Millionen Pesetas aufzunehmen, für welche man, um sie nur zu erträglichen Bedingungen zu erhalten, wichtige Zweige der Staatseinnahmen verpfänden mußte, um theils die von dem vorigen Régime überkommenen, theils die eigenen Deficits zu decken. Trotzdem betrug die schwelende Schuld am 1. März ds. J. schon wieder 118 Mill. Pesetas. Das neueste den Cortes vorgelegte Budget veranschlagt die Einnahmen auf 792, die Ausgaben dagegen auf 829 Mill. Pesetas. Die Commission des Congresses hat diese Aufstellung dahin rectificirt, daß sie sogar ein Deficit von 45 Millionen ausrechnet, und es ist nach früheren Erfahrungen nur zu sehr zu befürchten, daß die Commission immer noch viel zu optimistisch gewesen ist. Bedenkt man nun, daß nach dem mit den spanischen Staatsgläubigern abgeschlossenen Accord die Zinsen der spanischen Staatsschuld bald eine wesentliche Steigerung erfahren müssen; ermöglicht man die schwierige Lage Cubas und die Opfer, die sie wahrscheinlich noch erfordern wird, so wird man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Beherrschung Marokkos sich nicht zu sehr zu beunruhigen brauchen, sich durch spanische Heere eines schönen Tages ihres Reiches beraubt zu sehen.
In Verantwortung einer Anfrage wegen der Gerüchte über angebliche Aenderungen im Cabinet erklärte der Ministerpräsident Bratiano in der rumänischen Kammer, daß zwei oder drei Minister wegen ihrer Privatangelegenheiten ihre Demission geben wollten. Dies werde jedoch die politische Färbung des Cabinets nicht ändern. Der Deputirte Fleva erklärte, daß die Antwort des Ministerpräsidenten ihn nicht vollständig befriedige. Er erinnere daran, daß das gegenwärtige sogenannte Fusionen-Ministerium unter abnormalen Verhältnissen entstanden sei. Jetzt, wo der Gang der Geschäfte wieder ein regelmäßiger geworden sei, müsse sich die Regierung ganz besonders mit den inneren Interessen des Landes beschäftigen; dies sei aber schwierig, wenn die Regierung ferner aus Politikern bestehe, die verschiedenen Principien huldigten. Der Ministerpräsident antwortete darauf, daß die Minister die Parteifärbung nicht übernommen haben würden, wenn sie nicht die Ausräumung der Majorität geteilt hätten. Der Minister des Auswärtigen, Voerescu, erklärte, er habe stets in liberalem Sinne gehandelt. Wenn die Kammer glaube, daß das Ministerium nicht mehr bestehen könne, so werde er als der Erste seine Demission geben. Der Deputirte Fleva beantragte hiernach die Annahme einer Motion, durch welche der Ministerpräsident Bratiano aufgefordert wird, das Ministerium des Innern zu übernehmen. Nachdem der Präsident der Kammer erklärt hatte, die Motion an die Sectionen zu weisen zu wollen, wurde dieselbe von Fleva wieder zurückgezogen. Eine weitere Debatte wurde von der Majorität des Hauses abgelehnt. Schließlich wurde von dem Justizminister eine Volksschau des Fürsten verlesen, durch welche der Schlag der außerordentlichen Session der Kammer ausgesprochen wird. — Während der Debatte über die von Fleva beantragte Motion war der Minister des Innern nicht zugegen.
Der Präsidenten-Präsident General Grant unternimmt gegenwärtig in den Vereinigten Staaten Rundreisen, um sich dem Volk zu zeigen und sich beweihräuchern zu lassen. Züngst besuchte er den Staat Texas und hielt einige Stumpreden, wobei er den „Bürgern des Südens“ allerlei Schwereheilen an den Hals warf, was die Volksmenge ungemein freute und enthusiastisch. Dies nichternere denkt man im Norden über die Pläne des Expräsidenten. Man will gegen den dritten Termin, also gegen die Wiederwahl Grant's, in Massen vorgehen und deshalb hat das Subcomité des Executivcomité in St. Louis einen Aufruf an die Republikaner (das sind die Liberalen) erlassen. Zur Erläuterung seien einige Thatsachen vorausgeschickt. Ueber Präsident der Vereinigten Staaten kann, so oft es dem Volke beliebt, je auf vier Jahre wiedergewählt werden, weil die Constitution eine Beschränkung nicht auferlegt; denn der zweite Artikel besagt in der ersten Section, §. 1: „Die vollziehende Gewalt soll einem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika übertragen werden. Er soll sein Amt vier Jahre verwalten.“ Das ist Alles, was

Kufflage 16,200.
Abonnementpreis viertel, 6/2, wochentl. Feingeld 6 1/2, durch die Post bezogen 6 1/2. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 29 Pf. mit Postbeförderung 48 Pf. Inserate 6gep. Zeitzeile 20 Pf. Ordere Schreibe laut unserem Preisverzeichnis - Labelescher Satz nach höchstem Tarif. Reclamen unter dem Reclamateil die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. - Wabst wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.